

Grundriß des privaten und öffentlichen Rechts sowie der Volkswirtschaftslehre

Herausgegeben von Oberlandesgerichtsrat E. Schaeffer

17. Band

Volkswirtschaftspolitik

(Agrarpolitik / Gewerbepolitik / Handelspolitik
Verkehrspolitik / Wohn- und Baupolitik)

von

E. Schaeffer

Oberlandesgerichtsrat in Düsseldorf

Dr. H. Brode

Konsul z. D. in Wiesbaden

15.—20. durchgesehene und ergänzte Auflage



Leipzig
Verlag von C. L. Hirschfeld
1929

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung.	
Wesen und Aufgaben der Volkswirtschaftspolitik. Aufgaben und Grenzen der Staatsgewalt	1
Erster Abschnitt: Agrarpolitik.	
1. Die Landwirtschaft und ihr Betrieb im Rahmen der Volkswirtschaft.	
Bedeutung und Entwicklung	3
Betriebsysteme	4
Ertensive und intensive Landwirtschaft (rationelle Landwirtschaft)	8
Staat und Landwirtschaft	11
2. Die Agrarverfassung.	
Entwicklung bis zum 18. Jahrhundert (Einzelhof- und Dorfsystem; Grundherrschaft und Gutsherrschaft; bäuerliche Lasten; Rittergüter)	12
Beseitigung der die Bauern und das Grundeigentum einengenden Schranken (Bauernbefreiung und Grundentlastung; Feldregulierung)	17
3. Die Verteilung des Grundbesitzes.	
Großbetrieb und Kleinbetrieb (Großgüter, mittlere und kleine Güter; Großgrundbesitzer und Bauern; Latifundien und Parzellenbesitz)	21
Eigentum und Pacht (Selbstbewirtschaftung, Administration, Erb-, Teil-, Zeitpacht; Pächter und Pachtverträge)	25
Rentengüter und innere Kolonisation. (Aufgaben der inneren Kolonisation; Rentengüter, Rentenbanken und preussische Landesrentenbank, Landeskulturämter, Ansiedlungskommission, Siedlungspolitik der Nachkriegszeit, Heimstätten, Siedlungsgesellschaften)	27
Teilbarkeitsbeschränkungen und Erbrecht (Gebundenheit und Freireilbarkeit; Fideikommiß und Anerbenrecht; geschlossene Höfe, Besitzminimum, Versteigerungsverbote)	32
4. Der landwirtschaftliche Kredit.	
Wesen und Bedeutung (Besitz-, Restorations-, Betriebskredit)	35
Hypothekar-, Mobiltar-, Personalkredit (Beleihungsgrenze, Un kündbarkeit, Grundkreditanstalten; Silos; genossenschaftliche Kreditanstalten; Rentenbank und Rentenbankkreditanstalt)	37
Entschuldung des Grundbesitzes (Verschuldung und Uberschuldung; die Verschuldung des deutschen Grundbesitzes; Vorschläge zur Hypothekenreform)	42

5. Die landwirtschaftliche Arbeit.	Seite
Weisen und Formen (Unterschied von gewerblicher Arbeit; Gesinde, Tagelöhner)	44
Arbeiterfrage (Landflucht und Abhilfemaßnahmen)	46
6. Die Organe zur Vertretung landwirtschaftlicher Interessen.	
Allgemeines über landwirtschaftliche Assoziation. Genossenschaften	48
Organisationen mit amtlichem Charakter (Landwirtschaftskammern).	
Private Organisationen (Reichslandbund)	50
Internationaler Zusammenschluß	51
7. Staatliche Maßnahmen zur Hebung des landwirtschaftlichen Betriebs.	
Unterrichtswesen	51
Anderweitige Maßnahmen (Flurschub; Schädlingsebekämpfung; Prämien; Unterstützungen)	53
8. Die Forstwirtschaft.	
Volkswirtschaftliche Bedeutung	53
Forstpolitik (Beförderungssystem, Betriebsaufsicht, Vermögensaufsicht)	54
Anhang zum Ersten Abschnitt. Der Bergbau.	
Verhältnis zur Landwirtschaft. Staat und Bergbau	55
Entwicklung des Bergrechts (Bergregal, Bergbaufreiheit)	56
Das geltende Bergrecht (Schürffreiheit und Nutzung; Gewerkschaft; Bergpolizei; Verstaatlichung und Gemeinwirtschaft)	57
Zweiter Abschnitt. Gewerbepolitik.	
1. Einleitende Bemerkungen.	
Begriff und Entwicklung der Gewerbe	58
Die gewerblichen Betriebssysteme (Hauswerk, Lohnwerk, Preiswerk, Verlag, Fabrik)	59
2. Die Gewerbeverfassung.	
Das Zunftwesen (Entstehung der Zünfte; Aufgaben und Organisation; Verfall)	61
Die moderne Gewerbeverfassung (Umgestaltung der Produktion; Gewerbefreiheit ; stehender Gewerbebetrieb, Gewerbebetrieb im Umherziehen, Marktverkehr)	64
3. Das Handwerk.	
Die wirtschaftliche Lage des Handwerks (Konkurrenzkampf)	67
Die Organisation des Handwerks (Zünnungen, Handwerkskammern, Befähigungsnachweis)	69
4. Die Hausindustrie	75
5. Die Großindustrie.	
Die Organisation der gewerblichen Interessen (Handels- und Gewerbe-kammern, freie Interessenvertretungen)	77
Die Planwirtschaft (Kohle-, Kalk-, Eisen-, Elektrizitätswirtschaft)	79
Staatliche Förderungsmaßnahmen	83
Belastung der deutschen Industrie infolge des verlorenen Krieges	85

6. Die gewerblichen Arbeiter.	Seite
Grundsätzliche Betrachtungen (Gegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern; die soziale Frage)	86
Die Regelung des Arbeitsverhältnisses.	
Koalitionsfreiheit und Streik	89
Die Gewerkschaften	93
Tarifverträge	95
Arbeiterausschüsse und Betriebsräte	98
Beilegung von Streitigkeiten (Einigungsämter und Schiedsgerichte; Schlichtungsausschüsse)	100
Arbeitsgemeinschaften. Arbeitsämter	102
Der Arbeiterschutz.	
Grundsätzliche Betrachtungen (Berechtigung des Arbeiterschutzes; Einwände dagegen; internationale Regelung)	103
Personlicher Schutz (Schutz für Leben, Gesundheit, Sittlichkeit; Kinder, Jugendliche, Frauen; Höchstarbeitszeit, Sonntagsruhe)	106
Wirtschaftlicher Schutz (Lohnschutz; Arbeitsordnungen; Lohnbücher; Arbeitsbücher)	108
Schutz der Heimarbeiter	110
Gewerbeaufsicht	110

Dritter Abschnitt. Handelspolitik.

1. Allgemeine Grundlagen.	
Begriff und Arten des Handels	111
Die Entwicklung des Handels	114
Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Handels	115
Der Staat und der Handel	116
Amtliche Organe der Handelspolitik (Konsulate, Handelskammern)	118
Märkte, Messen und Ausstellungen	119
2. Innere Handelspolitik.	
Beschränkende Maßnahmen (Genehmigungspflicht; Ueberwachung; der Hausierhandel; Schutz gegen Betrug, unlauteren Wettbewerb, Wucher; Warenhäuser und Konsumvereine; Kriegswirtschaft)	120
Fördernde Maßnahmen (Bildungswesen)	124
3. Äußere Handelspolitik.	
Zölle und Zolltarif.	
Begriffsbestimmung und Zollarten (Einfuhr-, Ausfuhr-, Durchfuhrzölle; Schutz- und Finanzzölle; Wert- und spezifische Zölle)	125
Der Zolltarif (autonomer und Konventionaltarif; Maximal- und Minimumtarif; Differenzialzölle; gleitende Zollskala)	127
Der Kampf zwischen Freihandel und Schutz Zoll (beiderseitiger Standpunkt; Kritik und praktische Lösung)	128
Der Schutz Zoll.	
Frage der Berechtigung (Erziehungs- und Erhaltungszölle)	130

	Seite
Wirkungen (auf Inland und Ausland; auf Rohstoffe, Halbfabrikate, fertige Ware; auf Agrarprodukte)	131
Zollerleichterungen (Ausfuhrvergütungen, Ausfuhrprämien; Identitätsnachweis, Einfuhrschemie)	134
Handelsverträge.	
Wesen und Inhalt	137
Meistbegünstigungsklausel	138
Internationale Regelung der Handelspolitik	140
4. Geschichte der Außenhandelspolitik.	
Allgemeiner Ueberblick	141
Deutschland.	
Zollverein	143
Reich (Schutzollperiode, Ueca Caprivi, Tarifgesetz von 1902)	144
Weltkrieg und Versailler Vertrag (einseitige Meistbegünstigung)	145
Wiederaufbau (Dawes-Gutachten; Handelsvertragsverhandlungen, Zolltarifnovelle)	145
Die fremden Handelsmächte (England, Frankreich, Vereinigte Staaten, Oesterreich, Rußland)	146
5. Auswanderungs- und Kolonisationspolitik.	
Auswanderung.	
Theoretische Betrachtungen (Gründe und Ziele der Auswanderung; Wirkung auf Mutterland und Einwanderungsland)	149
Auswanderungspolitik (Auswanderungsfreiheit, Ueberwachung und Leitung der Auswanderung)	150
Auslandsdeutsche	151
Kolonisation.	
Begriffsbestimmung	152
Zweck der Kolonien (Aufnahme überschüssiger Volksteile; Förderung von Handel und Industrie; machtpolitische Zwecke; Strafkolonien)	152
Einteilung (Siedlungs- und Exploitationskolonien)	153
Geschichte der Kolonisation	154
Kolonialpolitik	155
Vierter Abschnitt. Verkehrspolitik.	
1. Allgemeine Grundlagen.	
Die Verkehrsmittel und ihre Entwicklung	156
Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Verkehrsmittel	157
Die Preisbildung im Verkehrswesen (Tendenz zur Monopolbildung und Allgemeininteresse; untere und obere Grenze der Transportkosten; Tarifpolitik)	158
Staat und Verkehr	160
2. Die einzelnen Verkehrsarten.	
Landstraßen	161
Eisenbahnen.	
Bedeutung und Entwicklung	162
Aufgaben der Eisenbahnpolitik (Privatbahn-, Staatsbahn-, gemischtes System)	163

VII

	Seite
Die Tarifpolitik im besonderen (Wert-, Wagenraum-, gemischtes System; Staffeltarif; Güter)	164
Die Entwicklung der Eisenbahnpolitik in den einzelnen Ländern (Deutschland; Großbritannien, Vereinigte Staaten; Frankreich; Oesterreich; internationale Regelung)	165
Binnenschifffahrt.	
Binnenwasserstraßen; Betriebsweise; volkswirtschaftliche Bedeutung (Massenbeförderung), Kostendeckung	168
Das Reich und die Wasserstraßen. Bestimmungen des Versailler Vertrags	170
Seeschifffahrt.	
Entwicklung	171
Organisation und Betriebsweise (Großunternehmungen; Küstenschifffahrt und weite Fahrt; freie und Linienschifffahrt; Personenschiffe und Frachtschiffe)	171
Volkswirtschaftliche Bedeutung. Frachtsätze	172
Staat und Seeschifffahrt. Internationale Regelung	173
Kraftwagen- und Luftfahrzeuge.	
Kraftwagen	174
Luftfahrzeuge	175
Staatliche und internationale Regelung (Anebelung der deutschen Luftfahrt; Pariser Abkommen)	175
Nachrichtenverkehr.	
Post	176
Telegraphie und Fernsprecheverkehr	179

Fünfter Abschnitt. Wohn- und Baupolitik.

1. Der Wohnbedarf.	
Seine Bedeutung für Einzelwirtschaft und Volkswirtschaft	180
Arten der Befriedigung des Wohnbedarfs. (Im Eigenheim, Mietshaus, in Häusern des Arbeitgebers)	180
Wirtschaftspolitische Richtlinien	181
2 Die Kosten der Wohnung.	
Allgemeines (Eigenhaus und Mietshaus)	182
Baugrund und Baukosten	182
Die Verzinsung	183
3. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Hausbesitzes.	
Der Hausbesitz als erheblicher Teil des Volkvermögens	183
Quelle einer dauernden Rente für Hausbesitzer, Hypothekengläubiger, Staat und Gemeinde. Gewinn beim Verkauf	183
Bauunternehmertum	184
4. Wohnungsmangel.	
Entstehungsgrund, Folgen, Abhilfemaßnahmen	185
5. Die Wohnungszwangswirtschaft.	
Ihre derzeitige Notwendigkeit in Deutschland	186

	Seite
Die einzelnen Maßnahmen (Rationierung; Mieterschutz; gesetzlicher Mietzins)	186
Vorteile und Nachteile	187
6. Förderung der Neubautätigkeit durch die Allgemeinheit.	
Beschaffung von Bauland und Maßnahmen zur Verbilligung des Bauens	188
Bau durch die öffentlichen Gewalten und gemeinnützige Gesellschaften	189
Geldliche Förderung der Bautätigkeit (Baufostenzuschüsse, Hauszinssteuer)	189
Bedeutung und seitherige Erfolge der fördernden Maßnahmen (das Baugewerbe als Schlüsselgewerbe)	190
7. Die Kreditversorgung des Hausbesitzes.	
Grundsätzliches (Realkredit)	190
Die Kreditanstalten (Hypothekenbanken, öffentliche Sparkassen, kommunale Hypothekenanstalten, Hauszinssteuerhypotheken, Stadtstaaten, Versicherungsgesellschaften, Stiftungen und Privatkapital)	191
8. Der Steuerertrag des Hausbesitzes.	
Der Hausbesitz als gutes Steuerobjekt	192
Die einzelnen Steuern (Staatliche Grundvermögensteuer, kommunale Zuschläge, Hauszinssteuer, Grunderwerbsteuer, Wertzuwachssteuer)	192
9. Die Bodenreform.	
Radikalere und gemäßigte Richtung. Praktische Forderungen	193
10. Organisation der Hausbesitzer.	
Gemeinsame Interessen, die zum Zusammenschluß drängen. Der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands	194